Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1278

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Dorothenstraße 69. Tel. I, Nr. 9275.

Dresdner Redaktions-Bureau: Dresden-A., Königstr. 20, Tel. I, Nr. 4583.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf.
Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Filial-Expedition: Berlin, Lützowstr. 10.
" " Dresden, Marienstr. 34.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & M. Klinkhardt).
Herausgeber: Dr. Viktor Klinkhardt.

Nr. 575. Sonnabend 11. November 1905. 99. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Am heutigen Tage tritt die Schließung aller Betriebe des Verbandes der sächsisch-thüringischen Webereien und der Konvention der sächsisch-thüringischen Färbereien und Appreturanstalten in Kraft. (S. Deutsch. Reich.)

* Der Verband sächsischer Industrieller veröffentlicht eine Kundgebung zu Gunsten einer verfassungsmäßig festgelegten Vertretung der Industrie in der Ersten Kammer nach Analogie der Vertretung der Landwirtschaft. (S. Artikel auf 3. Seite des Hauptblattes.)

* Hochwasser wird aus Plauen, Altenburg, Grimma gemeldet. In Grimma mußten verschiedene an der Mulde gelegene Wohnungen geräumt werden. (S. Sachsen.)

* Der Kaiser von Oesterreich soll kürzlich die Absicht gehabt haben, abzudanken und nur durch die Besorgnis davon abgehalten worden sein, daß dann die Revolution in Ungarn ausbrechen würde. (S. Ausl.)

* Graf Witte läßt alle Beamten, denen eine Mitschuld an den Straßenexzessen nachgewiesen wird, den Gerichten übergeben.

* Durch eine Bombe, die von einem zwölfjährigen Knaben geworfen wurde, fanden in Wilna zwei Schutzleute den Tod, der Polizeimeister wurde schwer, ein Oberschutzmann leichter verwundet. Der jugendliche Attentäter entkam.

Ein vorbildliches Sozialmuseum.

Nach dem Tode seiner Frau, vor etwa zwölf Jahren, beschloß der französische Parlamentarier Graf Chambrun, damals bereits fast erblindet, den Rest seines Lebens einem gemeinnützigen Wirken zu widmen, insbesondere zugunsten des Arbeiterstandes. Nachdem er da und dort beträchtliche Summen geopfert hatte, denn er war reich, sagte er eines Tages zu dem gewesenen Handelsminister Jules Siegfried, der bei den Bestrebungen der französischen Sozialreformer eine große Rolle spielt: „Ich möchte irgend eine neue, bedeutende Stiftung im Interesse der geistigen, sittlichen und materiellen Wohlfahrt der Arbeiter ins Leben rufen. Wozu raten Sie mir?“ Zunächst versprach er, 200 000 Frcs. herzugeben. Nach achttägiger Ueberlegung und nach Zuziehung einiger gleichgesinnten Freunde unterbreitete Siegfried dem Grafen den Gedanken eines großen „Sozialmuseums“ — ein lächerlich kleines war zu jener Zeit von der Regierung geplant — und sofort bewilligte der von dieser Idee begeisterte Graf nicht 200 000 Frcs. ein für allemal, sondern eine dauernde Jahresdotation von 100 000 Frcs.! Das ihm vorgelegte Programm, das ihm außerordentlich gefiel, lautete folgendermaßen: 1) Eine ständige sozialwirtschaftliche Ausstellung, vorzüglich aus auf dem Laufenden zu haltenden graphischen Tafeln bestehend. — 2) Eine unentgeltlich zu benutzende Bücherei nebst Arbeitssaal, enthaltend die wichtigsten Fachwerke, die einschlägigen Zeitschriften und Faszikel mit den Artikeln der besseren Presse aller Länder über die sozialen Zeitfragen. — 3) Entsprechende Auskunfterteilung an Interessenten. — 4) Ratschläge betreffs der Schaffung von Einrichtungen zugunsten der Arbeiter. — 5) Veranstaltung von Vorträgen und Lehrkursen über Wohlfahrtsfragen, sowie praktischen Erläuterungen der Ausstellung im Museum. — 6) Entsendung von Fachleuten behufs Studiums bestimmter Fachfragen im In- und im Ausland. — 7) Veröffentlichung der Ergebnisse der Tätigkeit des „Museums“ in Gestalt von Zeitschriften, Büchern und Heften. — 8) Verteilung von Pressen und Prämien für verdienstliche Leistungen und Veranstaltung von Preisausschreibungen.

Bei Gründung der neuartigen Institution waren sich die an die Spitze ihrer Verwaltung und Leitung tretenden ausgezeichneten Männer — theoretische und praktische Sozialreformer ersten Ranges — darüber klar, daß ihr Hauptzweck sei, allen Politikern, Unternehmern, Arbeitern, Beamten, Studenten und Volksfreunden das Studium sozialer Fragen zu erleichtern durch Vorführung der gemachten Erfahrungen bezw. der etwa schon gefundenen Lösungen. Ferner darüber, daß sie, um wahrhaft ersprießlich zu wirken, von jedem konfessionellen oder politischen Anstrich frei bleiben und sich lediglich von einem rein wissenschaftlichen Geist lenken lassen müsse, d. h. mit völliger Unbefangenheit die Tatsachen prüfen, die Ergebnisse zur Kenntnis nehmen und dem Publikum die auf Grund gewissenhafter Forschungen gewonnenen Erfahrungen zugänglich zu machen. Jetzt, wo Chambruns Schöpfung sein erstes Jahrzehnt hinter sich hat — dieses Jubiläum bildet den Anlaß unseres Artikels — läßt sich auf das Genauste feststellen, daß sie diesen Grundsätzen unwandelbar treu geblieben ist.

Dieser Umstand, sowie die bewundernswerte Organisation, die dem Pariser „musée social“ von vornherein gegeben und die stetig vervollkommnet und ergänzt wurde, hat ihm zu einem Erfolg verholfen, einem hohen Nützlichkeits- und Anerkennungserfolg, der die Erwartungen der Gründer weit übertrifft. Die Freude des Stifters war so groß, daß er dem Museum immer neue Fonds zuwendete: bald 100 000 Francs für Preise und Prämien, bald ein Haus im Werte von 1½ Millionen (Rue Las-Cases 5, wo die Anstalt ihren Sitz hat); schließlich machte er es — er starb schon 1898 — zu seinem Universalerben und sicherte ihm dadurch für immer eine Jahresdotation von 120 000 Frcs., die eine immer umfassendere Ausgestaltung des Wirkungskreises gestattet.

Bei der Jubiläumsfeier sagte Jules Siegfried:

„Man kann sagen, daß dies Museum ein sozialwissenschaftliches Laboratorium ist. Es erfreut sich eines Stabes von Mitarbeitern, deren große und vielseitige Fachkenntnisse unablässig und unentgeltlich aller Welt zur Verfügung stehen. Wir haben es da mit einem ausgedehnten öffentlichen Sonderarbeits- und Forschungsdienst zu tun... Unser Sozialmuseum hat sich sowohl zu einem Studien- als auch zu einem Tätigkeits-Mittelpunkt herausgebildet. Bei uns und vom Auslande her wird es fortwährend um Auskünfte und Unterweisungen gebeten; häufig ersucht man es auch, neue Institutionen ins Leben zu rufen.

Und der Direktor des musée, der hervorragende Sozialpolitiker Professor Léopold Mabilleau, fügte hinzu:

„Hier sehen wir in erster Reihe ein Institut für wissenschaftliche Auskunfterteilung und aus der Wirklichkeit geholte Tatsachen. Hier findet sich alles Geschehene zusammen, soweit es das soziale Leben, ganz besonders aber das Arbeiterlos betrifft. . . Diesem Ziel dient u. a. unsere, auf Grund der modernsten Erfahrungen möglichst zweckmäßig zusammengestellte Bücherei, welche sich durch Neuanschaffungen, Spenden und Zusendungen so sehr vergrößert hat, daß sie von 9000 auf 22 000 Bände angewachsen ist, während die Zahl der Leser, im ersten Jahre 900, im letzten 5000 betrug und wohl zehntausend betragen würde, wenn wir über größere Räume verfügten. Und von welcher Beschaffenheit die Leser sind! Die Professoren und Studenten der Freien Schule für Staatswissenschaften und der Rechtsfakultät finden sich täglich ein, um unsere 400 Fachzeitschriften zu lesen, unter denen die regelmäßigen Veröffentlichungen sämtlicher Arbeitsämter der Erde keine kleine Rolle spielen. Die Gelehrten Frankreichs und des Auslandes wissen unsere so leicht zugänglichen, so wohlgeordneten und von unserem Bureau so gern erläuterten Sammlungen gar sehr zu würdigen.“

Seit drei Jahren können die Interessenten auch das Archiv zurate ziehen, die ein sonst nirgends in dieser Fülle, Vielseitigkeit und Vollständigkeit zugängliches Material bergen, welches in 1600 Spezial-Faszikeln gruppiert ist. Jedes Faszikel behandelt irgend einen Fachgegenstand, ein sozial wichtiges Ereignis, eine „Frage“, einen Kongreß usw. usw. Es besteht aus Berichten der Vertreter und der Korrespondenten des Museums, aus Zeitungsausschnitten, Briefen, Denkschriften, Aufschlüssen usw. Die Anstalt begnügt sich nicht mit dem Sammeln des ihr von selbst zufließenden Materials; sie sucht solches vielmehr auch heranzuziehen, indem sie nicht nur in vielen Ländern ständige „Korrespondenten“ unterhält, sondern auch häufig Sachkenner in die Provinz oder ins Ausland — auch in die Neue Welt — entsendet, damit sie bestimmte Erscheinungen des Wirtschafts- und Arbeitslebens an Ort und Stelle studieren. Ebenso läßt sie sich auf allen Fachkongressen durch eigene Abgesandte vertreten. Während in den ersten Jahren je vier bis sechs Forschungs-Missionen ausgeschickt wurden, gehen ihrer jetzt jährlich zehn bis dreizehn in die Welt hinaus. Der Direktor selbst hat drei Jahre hintereinander eine Untersuchung über die nordamerikanische Arbeiterbewegung geleitet. Dazu kommen noch die Inland-„Missionen“.

Vor zehn Jahren, anläßlich der Eröffnung des Museums, verglich Emile Chevysson diesen ganzen Apparat, der schon damals geplant war, mit einer Saug- und Druckpumpe, die das Material an sich zieht und es dann wieder verteilt. Die Verteilung geschieht durch Vorträge, durch Herausgabe einer Monatsschrift, durch Veröffentlichung zahlreicher Broschüren und Bücher über die Forschungs- und Sammlungsergebnisse, durch mündliche oder schriftliche Auskunfterteilung, durch Ratgeber bei der Wahl von Mitteln und Methoden. Schriftliche Aufschlüsse werden jährlich über dreitausend erteilt; die mündlichen sind zu zahlreich, um gezählt zu werden. Die Bewältigung dieser Fülle von Arbeit erfordert eine gewaltige Organisation, eine ganze Reihe von „Dienstabteilungen“! Zwar hat es schon seit dem Anbeginn sieben „Fachsektionen“ für die sieben Hauptgebiete des Tätigkeitskreises des musée social gegeben; allein der Generalsekretär war das einzige zum Sammeln und Verteilen ihrer Beschlüsse und Ratschläge berufene Organ. In neuerer Zeit wurde es notwendig, für einzelne besonders arbeitsreiche Stoffgebiete eigene Sekretariate zu schaffen. So entstanden allmählich: der „Industrie- und Arbeitsdienst“, der „landwirtschaftliche Dienst“, die „Wohlfahrtsabteilung“, die „Rechtsabteilung“ und zuletzt (1905) die Abteilung für soziale Hygiene. Die Arbeitsleistungen dehnen sich immer mehr aus; jetzt gehört zu ihnen auch schon die Organisation von Arbeitervereinen in Frankreich und von Ausstellungsabteilungen für Sozialwissenschaft im Ausland (bisher St. Louis und Lüttich).

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, wollten wir auf die zahlreichen interessanten Einzelheiten der Geschichte, der Tätigkeit und der Ersprießlichkeit des Pariser Sozialmuseums eingehen. Wir dürfen in dieser Beziehung wohl auf die im Frühling 1904 erschienene Broschüre „Die sogenannten Sozialmuseen“ von Leopold Katscher (Leipzig, Dietrich, Preis 15 ₰) verweisen. Dort findet sich auch näheres über die Sozialmuseen in Amsterdam, Pest, Moskau, München, Hamburg, Charlottenburg. Diese Anstalten haben aber andere Zwecke als die Chambrunsche; sie sind, gleich dem Wiener Gewerbe-Hygienischen Museum hauptsächlich Unfallverhütungsausstellungen. Das einzige Institut, das nach dem französischen Vorbild arbeitet, ist das seit 1903 bestehende, mustergültig eingerichtete und von den sehr tüchtigen Sozialpolitikern Dr. Ignaz Cahn und Dr. Philipp Stein geleitete, „Soziale Museum“ in Frankfurt a. M., das regelmäßige Berichte veröffentlicht und die Zeitschrift „Gemeinnützige Blätter“ herausgibt. Es müßte eine ganze Anzahl solcher Museen geben und jedes sollte mit einer ständigen gewerbehygienischen Ausstellung verknüpft sein. Gibt es denn bei uns keine Chambruns?

Die Fleischnot und die sächsische Regierung.

(Aus unserem Dresdner Bureau.)

„Die Sache ging aus wie das Hornberger Schießen.“ Diese Bemerkung konnte man am Donnerstag mehrfach von den Leuten hören, die — sei es als Abgeordnete, sei es in anderer beruflicher Eigenschaft, oder als Zuhörer der fast achtstündigen Debatte über die Fleischnot beigewohnt hatten. So ganz stimmt diese Auffassung doch nicht. Praktisch, das muß man zugeben, ist freilich bei der ganzen Sache nicht viel herausgekommen, aber das hat auch niemand erwartet. Daß die sächsische Regierung noch berühmten Berliner Mustern erklären würde, sie bedaure die jetzige, das Volk schwer treffende Fleischteuerung, aber sie sei nicht in der Lage, Abhilfe zu schaffen oder beim Bundesrat auf Abhilfsmaßregeln zu dringen, das konnte man sich schon vorher an den zehn Fingern abzählen. Das Aquarium ist und bleibt nun einmal das erklärte Schoßkind der Regierung, wenn es auch neuerdings von Herrn v. Metzsch auf den etwas anders klingenden Namen „Schutz der heimischen Produktion“ umgetauft worden ist. Genau so ist es denn auch gekommen; es gab ein hitziges Gefecht, hitziger als manches, das bisher in dem ehrwürdigen Gebäude an der Landhausstraße geliefert worden ist, und scharfe Pfeile flogen hinüber und herüber, aber freilich — das Resultat war gleich null. Immerhin liebt man hier ein etwas kürzeres Verfahren als im Reichskanzlerpalais: dort will man erst „in Erwägungen eintreten“, hier sagt man wenigstens gleich, daß „nichts zu machen“ ist.

Trotzdem möchten wir die Debatte vom Donnerstag in der sächsischen Parlamentsgeschichte nicht entbehren. Sie hat den erfreulichen Beweis geliefert, daß in unser politisches Leben ein frischerer Zug zu kommen beginnt, daß man es nicht mehr dabei bewenden läßt, mit einem: „Wir können's nicht ändern“ die Achseln zu zucken und im übrigen die Dinge laufen zu lassen, wie sie wollen. Worte, wie am Donnerstag, sind lange nicht erschallen im sächsischen Parlament, und die Regierung, die durch alle vier Zivilminister vertreten war — Herr v. Metzsch harrte sogar bis ans Ende der langen, ermüdenden Debatte aus —, wird sicher das eine daraus entnommen haben, daß man auf liberaler Seite nicht mit Glacéhandschuhen zu kämpfen gesonnen ist. Sie wird sich auf manchen harten Strauß in diesem Winter gefaßt machen müssen, und man kann ihr nur wünschen, daß sie in Zukunft besser gerüstet ist, als am Donnerstag.

Ihr Hauptrüstzeug war eine Denkschrift, die unmittelbar vor der Sitzung der Kammer zugegangen war, und sofort an die Abgeordneten verteilt wurde. Daß nur 90 Exemplare von der Regierung ausgegeben waren, also gerade so viel, wie hinreichte, um den Bedarf der einzelnen Abgeordneten, des Bureaus und des Archivs zu decken, während die Journalisten keins erhielten, wurde erklärlicherweise sehr übel vermerkt und mit entsprechenden, nicht gerade schmeichelhaften Kommentaren begleitet. Zwei Auffassungen treten dabei hervor: entweder stehe die Statistik auf so wackligen Füßen, daß man die Kritik daran möglichst hinausgeschoben zu sehen wünschte, oder aber wir seien in Sachsen trotz aller Sparsamkeit so tief im Dalles, daß selbst die wenigen Mark für die paar Druckexemplare das Gleichgewicht des Budgets gefährden. Keine dieser beiden Auffassungen ist für die Regierung besonders schmeichelhaft. Es mag ja sein, daß irgend ein Subalterngeist seinem Sparsamkeitsdrange durch die knappe Bemessung der Exemplare hat Ausdruck geben wollen, jedenfalls steht das eine fest, daß durch eine solche rücksichtslose Behandlung die Presse auf Hintertreppen gedrängt wird, deren Benutzung sie grundsätzlich verschmäht, und die Kritik wird auch nicht dadurch aufgehalten.

Aus dem Inhalt der Denkschrift, die uns von einem Abgeordneten freundlich zur Benutzung überlassen worden ist, erscheint uns zunächst die Einleitung beachtenswert. Es heißt dort wörtlich:

„Die hohen Fleischpreise, welche im ganzen Lande die Lebenshaltung, namentlich der arbeitenden Bevölkerung in empfindlicher Weise verteuern und, indem sie den Minderbemittelten eine dürftigere Ernährung aufnötigen, zu Besorgnissen in gesundheitlicher und volkswirtschaftlicher Hinsicht Anlaß geben, bestimmten die Regierung, eingehende Erörterungen über den Umfang und die Ursachen dieser beklagenswerten Erscheinung anzustellen.“

Es wird hier also, wie es auch am Donnerstag durch den Minister v. Metzsch im Landtage geschah, das Vorhandensein hoher Fleischpreise unumwunden zugegeben, auch mit Recht diese Höhe und die daraus sich ergebenden Folgen als beklagenswert bezeichnet. Dann heißt es weiter:

„Möglichste Klarheit darüber zu verbreiten, erschien der Regierung um so wichtiger, als eine durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht gerechtfertigte Beunruhigung inzwischen angefangen hatte, sich weiterer Kreise zu bemächtigen.“

Daß die von uns durch Sperrdruck hervorgehobenen Worte zutreffend sind, möchten wir ganz energisch verneinen. Eine Beunruhigung, die die Folge bevorstehender gesteigerter finanzieller Ansprüche ist, wie wir sie gegenwärtig erleben, ist durch die tatsächlichen Verhältnisse sehr wohl gerechtfertigt. Die ganze Statistik, worauf die Regierung ihre gegenteilige Beweisführung aufzubauen sucht, umfaßt nämlich nur die Zeit bis Ende 1904, während wir jetzt fast ein volles Jahr weiter sind und gerade im Verlauf dieses Jahres sich die Preissteigerung am härtesten fühlbar gemacht hat. Von Interesse ist es, daß die Regierung selbst die dadurch entstehende Mehrausgabe auf 15 ℳ für den Kopf der Bevölkerung und ein Jahr annimmt. Warum wird übrigens in der Denkschrift nur mit einer Familie von vier Köpfen gerechnet? Bei jeder statistischen Aufmachung wird doch sonst die Familie zu fünf Köpfen angenommen. Die jetzige Rechnung sieht aus, als wäre das Zweikinbersystem in Sachsen amtlich konstituiert. Zu noch größerem Befremden gibt aber der folgende Satz Anlaß, der lautet:

„Dieser Ausfall, der angesichts der in Bälde zu erwartenden Preisermäßigung nicht voll in Ansatz zu bringen ist, bleibt zwar weit zurück hinter den Verlusten, die sich in Jahren schlechter Ernte auch der kleine Landwirt, in Zeiten sinkender Löhne der Fabrikarbeiter gefallen lassen muß, er ist gering im Vergleich mit der schweren Last, welche die steigenden Mieten auf die Schultern gerade der arbeitenden Bevölkerung vornehmlich in den großen Städten legen.“

Ein solcher Vergleich, wie er hier gezogen ist, hinkt doch auf beiden Füßen. Speziell der mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen ist einfach abgeschmackt. Er läßt völlig außer Acht, daß der Landwirt von vornherein mit gelegentlichen Mißernten rechnen muß, und daß diesen schlechten Erntejahren auch wieder andere, um so bessere gegenüberstehen, so daß im ganzen eher ein Ausgleich zustande kommt. Und ob die Preisermäßigung wirklich so sicher „in Bälde“ eintritt, wie die Regierungsdenkschrift behauptet, ist doch noch sehr die Frage. Podbielski prophezeite im August: „in 4 bis 5 Wochen ist die Fleischnot vorüber“, jetzt ist mehr als die doppelte Zeit verstrichen, und das Uebel wird von Tag zu Tag ärger.

Ebensowenig kann die Statistik als einwandfrei gelten, die lediglich die Zahl der geschlachteten Tiere aufführt, wie dies in Uebersicht B der Denkschrift geschehen ist. Ganz abgesehen davon, daß sich auch hiernach bei den als Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung dienenden Schweinen in allen fünf sächsischen Regierungsbezirken ein Rückgang gegen das Vorjahr zeigt, der z. B. für Dresden etwa 4 Prozent, für Leipzig etwa 1 Prozent ausmacht, kommt es doch nicht auf die Zahl der geschlachteten Tiere an, sondern auf Menge und Qualität des Fleisches, das sie liefern. Hinsichtlich dieser beiden Punkte ist aber ein ganz entschiedener Rückschritt zu verzeichnen, und deshalb ist es auch kein Wunder, wenn „Ueberfluß“ eingetreten ist, d. h. wenn die aufgetriebenen Tiere nicht sofort alle zur Schlachtung gekommen sind. Ihre Qualität war aber nicht der Art, daß sie zur Schlachtung geeignet gewesen wären. Das gibt die Regierungsdenkschrift weiter unten auch zu, indem sie sagt:

„Die Uebersicht (über die Schlachtgewichte. Red.) läßt zwar eine allgemeine, doch durchaus nicht erhebliche Abnahme des Gewichts bei Rindern und Schweinen im Jahre 1904 erkennen. Auch von der Mehrzahl der übrigen Schlachthöfe wird zwar nicht auf Grund amtlicher Wägungen, aber doch fortgesetzter Beobachtung und ungefährer Schätzung über einen Rückgang des Schlachtviehs an Güte und Gewicht in diesem Jahre berichtet, so von Pausen, Zittau, Grossenhain, Meißen, Pirna, Annaberg, Meerane, Olbernhau, Stollberg, Schkeuditz, Döbeln, Grimma, Mittweida. Es heißt da, daß viele mangelhaft genährte oder noch nicht schlachtreife Stücke zur Schlachtung kommen; nur von wenigen Schlachthöfen, so von Mittweida und Penig, wird ausdrücklich bestätigt, daß die Schlachttiere in diesem Jahre an Güte und Gewicht hinter denen früherer Jahre nicht zurückgeblieben sind.“

Die Denkschrift muß darauf selbst einen merklichen Rückgang des Vorrats an gutem, schlachtreifem Vieh zugeben, den sie auf die schlechte Futterernte des Vorjahres zurückführt. Der übrige Inhalt der Denkschrift entspricht etwa dem, was Abg. Schubert ausführte und wovon er am Donnerstag im Landtag einen zweiten Aufguß verspeite.

Daß die Sitzungen auch in weit rechts stehenden Kreisen sehr ernst angesehen wird, geht u. a. daraus hervor, daß sogar die „Dresd. Nachr.“ anregen, ob nicht wenigstens ein Druck auf den Bundesrat dahin angezeigt sei, völlig seuchenfreien Ländern gegenüber die Grenzsperre aufzuheben und weiter durch Herabsetzung der Eisenbahntarife für Viehfrachten eine größere Kommunikation und einen stärkeren Zustrom von Schlachttieren in die Wege zu leiten. Da Minister v. Metzsch am Donnerstag im Landtage erklärte, die Regierung sei nicht in der Lage, beim Bundesrat positive Anträge und Vorschläge einzubringen, so bedeutet dieser Vorschlag eine direkte Verurteilung des Verhaltens der Regierung durch die „Dresd. Nachr.“

Auf die Debatte selbst noch einmal einzugehen, hat keinen Wert. Besser als alles andere brachen die Reden der einzelnen Abgeordneten selbst. Mit aller Schärfe und Nachdruck sei nur noch die Art und Weise zurückgewiesen, wie der Führer des sächsischen Bundes der Landwirte, Abg. Andrä, den Vegetarianismus als Heilmittel für die Fleischnot anführte. Eine solche Zumutung stellen, heißt den Ausdruck in die Tat umsetzen, den Abg. Goldstein am Donnerstag mit einem Ordnungsruf büßen mußte.

Deutsches Reich.

Leipzig, 11. November.

* **Bundesrat.** In der gestrigen Sitzung des Bundesrates wurden die Gesetzentwürfe über die Pensionierung der Offiziere und die Versorgung der unteren Klassen des Reichsheeres, der Marine und der Schutztruppen, sowie der Entwurf von Ausführungsbestimmungen zum Gesetze über die Wetten bei öffentlichen Pferderennen den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Angenommen wurden die Entwürfe des Etats für die Verwaltung der Reichseisenbahnen und der Reichsjustizverwaltung, des Etats für den Reichskanzler und die Reichskanzlei und des Etats für den Rechnungshof des Deutschen Reiches.

* **Afrikanische Verlustliste.** Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 2. November im Patrouillengefecht bei Ganius bei Kiriis-Ost gefallen: Gefreiter Heinrich Reinock, geb. zu Kirchbitmold, früher Jäger-Bataillon Nr. 11, Brust- und Schulterschuß; Reiter Georg Schäller, geb. zu Steinach, früher königl. bayerisches 2. Ulanen-Regiment, Unterleibsschuß. Verwundet: Reiter Eduard Schulz, geb. zu Kubiehlen, früher Infanterie-Regiment Nr. 135, leicht Streifschuß in die rechte Hüfte. Verunglückt Reiter Hermann Müller, geb. zu Fürstenau, früher Infanterie-Regiment Nr. 22, am 1. November in Windhuk durch Unvorsichtigkeit eines Kameraden mit einem Zielgewehr leicht verwundet, Schuß in die rechte Halsgegend.

* **Vom Frhrn. v. Mirbach und seinem Konto K** von neuem anzufangen, hätte wohl kaum jemand Lust gehabt. Auch der Beleidigungsprozeß des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein gegen den Redakteur Richard Lowe von der „Berliner Zeitung“ hätte kaum andere als referierende Federn in Bewegung gesetzt. Aber es hat dem Freiherrn selbst gefallen, die Sache wieder aufzurühren. Tu l'as voulu. Noch immer sitzt der Frhr. v. Mirbach auf hohem Pferde, noch immer schimpft er auf die Presse und noch immer führt er den Namen Gottes im Munde. Es ist kein erhebendes Schauspiel, das der Herr bietet, und es ist keine angenehme Aufgabe, an die lange, gräßliche Affäre zu erinnern, aber die Welt ist vergeßlich und deshalb ist es notwendig, in aller Kürze einiges klarzustellen und aufzufrischen, damit nicht die Allzuvergeßlichen in ihrer Meinung verwirrt werden. Da muß zunächst gegen die unchaltbare Manier des Frhrn. v. Mirbach protestiert werden, als sei es ganz allgemein Usus, über nichtempfangene Summen zu quittieren. Auch wenn also der Oberhofmeister mit den mysteriösen 325 000 ℳ nichts mehr zu tun hat, so hat er es sich doch selbst zuzuschreiben gehabt, daß gerade er nach dem Verbleiben dieser Summe gefragt wurde. Mag bei dem Manne, der Millionen sammelte und persönlich mit großen Summen glücklich operierte, auch die Schätzung für Werte nachgelassen haben, so ändert das nichts an dem inkorrekten Verfahren. Und noch etwas muß gesagt werden. Wenn es dem Sammler Frhrn. v. Mirbach niemals aufgefallen ist, daß ein paar simple Bankdirektoren eine volle halbe Million ihm für seine Kirchenbauzwecke so aus dem Handgelenk zur Verfügung stellten, wie kam er dann eigentlich dazu, die erhaltenen Summen zurückzuerstatten und über die nicht erhaltenen zu quittieren? Ist ihm aber später ein Licht darüber aufgegangen oder auch nur der Verdacht gekommen, die Stiftungsgelder könnten nicht aus reinen Privatmitteln stammen, sondern dem Bankinstitut gehören, und ist deshalb die Rückzahlung erfolgt, so hat der Oberhofmeister der Kaiserin wirklich keine Veranlassung, der allgemeinen Erregung über diese seine unvorsichtige Verbindung mit unlauteren Elementen nun seinerseits unlautere Motive zu unterstellen. Die öffentliche Meinung und die Presse als ihre Wortführerin können stolz darauf sein, durch ihren Druck reinen Tisch gemacht zu haben. Wir zeigen mit Fingern auf die Korruption in Amerika, wo Gelder der Versicherungsanstalten für Wahlzwecke verwendet werden. Sollen wir pharisäerhaft über das Konto K schweigen und des kirchlichen Zweckes wegen mit dem Mantel der christlichen Liebe Mißbrauch treiben? Im Uebrigen wollen wir doch auch nicht in Vergessenheit geraten lassen, daß das Konto K und seine Nebenerscheinungen schließlich nur eine Episode in dem großen Spektakelstück bedeutet. Sollen wir an alles das erinnern, was den Zorn nicht nur der Ungläubigen und Laien, sondern erst recht der eifrigen Christen hervorrief? Sollen wir den Sammelerlaß des Oberhof-

SLUB
Wir führen Wissen.